

# Mehr Großraum- und Schwerlasttransporte auf Wasser und Schiene

BMVI veröffentlicht Schlussbericht – 10 Millionen Euro aus dem Klimaschutz-Sofortprogramm

Stand: 23.06.2021

Gut für die Umwelt, gut für die Branche: Züge und Schiffe zählen zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern. Der Umstieg auf Schiene und Wasserstraße für Großraum- und Schwerlasttransporte (GST) ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das Klimaschutz-Sofortprogramm 2022, das heute vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, stellt daher 10 Millionen Euro für die Verlagerung von GST von der Straße aufs Wasser bereit.

Wie groß das Potenzial der Verkehrsverlagerung ist, beleuchtet der zeitgleich veröffentlichte Schlussbericht „Verlagerung von GST von der Straße auf den Wasserweg und Schiene“ der gleichnamigen Arbeitsgruppe, die durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ins Leben gerufen wurde.

**Bundesminister Andreas Scheuer:**

„Der Schlussbericht zeigt, wie wir noch mehr Großraum- und Schwerlasttransporte auf die Schiene und vor allem auf den Wasserweg verlagern können: Zum Beispiel, indem wir Genehmigungsverfahren optimieren und generell Wasserstraße und Schiene als Transportalternativen attraktiver machen. Dank des Klimaschutz-Sofortprogramms stehen uns nun 10 Millionen Euro für diese Maßnahmen zur Verfügung. Im Vergleich zum Lkw-Verkehr transportieren Schiffe pro Fahrt deutlich mehr Ladung bei erheblich weniger Emissionen. Deshalb ist unser Motto: mehr H<sub>2</sub>O, weniger CO<sub>2</sub>. Und das so schnell wie möglich.“

In Umsetzung des Masterplans Binnenschifffahrt hat die Arbeitsgruppe analysiert, welche Faktoren entscheidend sind, damit Wasserstraße und Schiene noch mehr für den GST genutzt werden – und welche Hemmnisse es hierbei aktuell noch gibt.

Die Handlungsempfehlungen des Schlussberichts konzentrieren sich insbesondere auf drei Felder:

- Genehmigungsverfahren: Durch optimierte Arbeitsabläufe können Schiene und Binnenschifffahrt noch besser in die Transportketten integriert werden – z. B. durch die Ergänzung der Wasserstraße und Häfen in die Software des Verfahrensmanagements für Großraum und Schwertransporte (VEMAGS), das bereits erfolgreich bei der Genehmigung von Straßentransporten angewandt wird. Darüber hinaus wird das BMVI einen multimodalen Routenplaner auf den Weg bringen, der mögliche Transportrouten auf Straße, Schiene und Wasser prüft und der auch im Genehmigungsverfahren genutzt werden kann. In einem Pilotprojekt wird das Verfahren für Wasserstraße und Schiene bei der Genehmigung erprobt.
- Finanzielle Anreize: Ob für den Um- oder Neubau von Fahrzeugen, die Schaffung von Shuttleverkehren oder eines digitalen Marktplatzes für Binnenschiffer – das BMVI will den Umstieg von der Straße mit gezielter Förderung noch lohnenswerter machen.
- Attraktivitätssteigerung: Um GST noch leichter auf die Wasserstraße und Schiene zu verlagern, sollen u.a. Mikrokorridore als Standardrouten zu Häfen ausgewiesen werden. Zudem sollen weitere Umschlagsanlagen an den Wasserstraßen geschaffen und bestehende Infrastruktur des Kombinierten Verkehrs für GST genutzt werden.

Mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird das BMVI schrittweise in diesem Sommer beginnen. Die 10 Millionen Euro aus dem Klimaschutz-Sofortprogramm stehen für Zuschüsse für die Verlagerung von GST von der Straße aufs Wasser zur Verfügung.

Auch die Straßenlogistik wird von den Maßnahmen profitieren: Die Straßeninfrastruktur, insbesondere die Brücken, wird entlastet und geschont. Die Staus auf den Autobahnen werden reduziert und die Parkplatzsituation auf Rastplätzen entschärft. Die Verkehrssicherheit auf Straßen kann erhöht und die Polizei durch den Wegfall der Begleitung der Transporte entlastet werden.

Die Arbeitsgruppe „Verlagerung von GST von der Straße auf den Wasserweg und Schiene“ wurde auf Empfehlung des Masterplans Binnenschifffahrt im September 2019 ins Leben gerufen. Unter Leitung des BMVI haben sich Experten interdisziplinär über Probleme und Lösungen ausgetauscht. Beteiligt waren u.a. Vertreter von Polizei und Landesbehörden, vom ShortSeaShipping Inland Waterway Promotion Center (SPC), von DB Cargo AG, der DTG Deutsche Transport-Genossenschaft Binnenschifffahrt und Kühne + Nagel Euroshipping GmbH sowie vom Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt (BDB).